

S&D



EUROPA. GERECHT. STEUERN.

**STEUERGERECHTIGKEIT IN EUROPA
UND WIE WIR SIE ERREICHEN KÖNNEN**

SPÖ-EU-Delegationsleiterin Evelyn Regner
Mitglied der progressiven Allianz der SozialdemokratInnen im Europäischen Parlament

IMPRESSUM

Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament (S&D)

SPÖ-Delegation Europäisches Parlament
Altiero Spinelli (ASP) 13G 107, Rue Wiertz 60, 1047 Brüssel

Für den Inhalt verantwortlich: SPÖ-Europaabgeordnete Evelyn Regner



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Jedes Wiener Kaffeehaus, jedes Start-Up zahlt in Österreich mehr Steuern als multinationale Konzerne. Durch Steuerbetrug und -hinterziehung entgehen den Mitgliedsstaaten der EU rund 1.000 Milliarden Euro an Steuereinnahmen pro Jahr.

Dieses Geld fehlt unseren Staatskassen. Während die Löhne seit Jahren stagnieren, steigen die Gewinne der Konzerne – werden aber immer weniger besteuert. Würden wir das Geld der Steuertrickser eintreiben, könnten wir locker in Wachstum und Beschäftigung, Forschung und Entwicklung und in bessere Ausbildungsmaßnahmen investieren. Zugverbindungen könnten ausgebaut werden, leistbare Wohnungen könnten gebaut werden und Sozialleistungen wie die Mindestsicherung müssten nicht gekürzt werden.

Dank journalistischer Aufdeckungsarbeit können wir heute alle nachvollziehen, wie sich multinationale Konzerne in Luxemburg, Panama oder anderswo aus der Verantwortung stehlen. Für mich ist klar: „Business as usual“ ist keine Option. Beschäftigte genauso wie kleine und mittlere Unternehmen können die Benachteiligung gegenüber Konzernen nicht länger hinnehmen.

Steuerbetrug macht an den Grenzen nicht Halt. Wenn Apple seine Gewinne in Niedrigsteuere Länder verfrachtet, werden wir als Österreich alleine wenig dagegen tun können. Ich bin überzeugt davon, dass wir den Kampf für Steuergerechtigkeit nur auf europäischer und internationaler Ebene gewinnen können.

In diesem kleinen Buch möchte ich die Konsequenzen von Steuerbetrug aufzeigen und was getan werden muss, um den Kampf dagegen zu gewinnen.



EVELYN REGNER

WEN BETRIFFT STEUERTRICKSEREI?





STEFAN

ist Besitzer eines multinationalen Computerherstellers. Das Unternehmen hat mehrere Tochterunternehmen in Europa und in Panama. Das Geschäft läuft gut und er erwirtschaftet Gewinne in Milliardenhöhe. Stefan profitiert vom österreichischen Wirtschaftsstandort und Sozialsystem. Trotzdem möchte er lieber keine Steuern zahlen. Durch Steuertricksereien reduziert er seine jährliche Steuerlast in Österreich auf 1.000 Euro.



NORA

betreibt ein Wiener Kaffeehaus. Bei einem jährlichen Gewinn von 37.000 Euro bezahlt sie auch in Österreich ihre Einkommenssteuer in Höhe von 8.820 Euro. Ihre größte Konkurrenz ist eine internationale Kaffeehauskette, die im Gegensatz zu ihr kaum Steuern zahlt und immer mehr Filialen eröffnet, eine sogar bei Noras Café ums Eck.

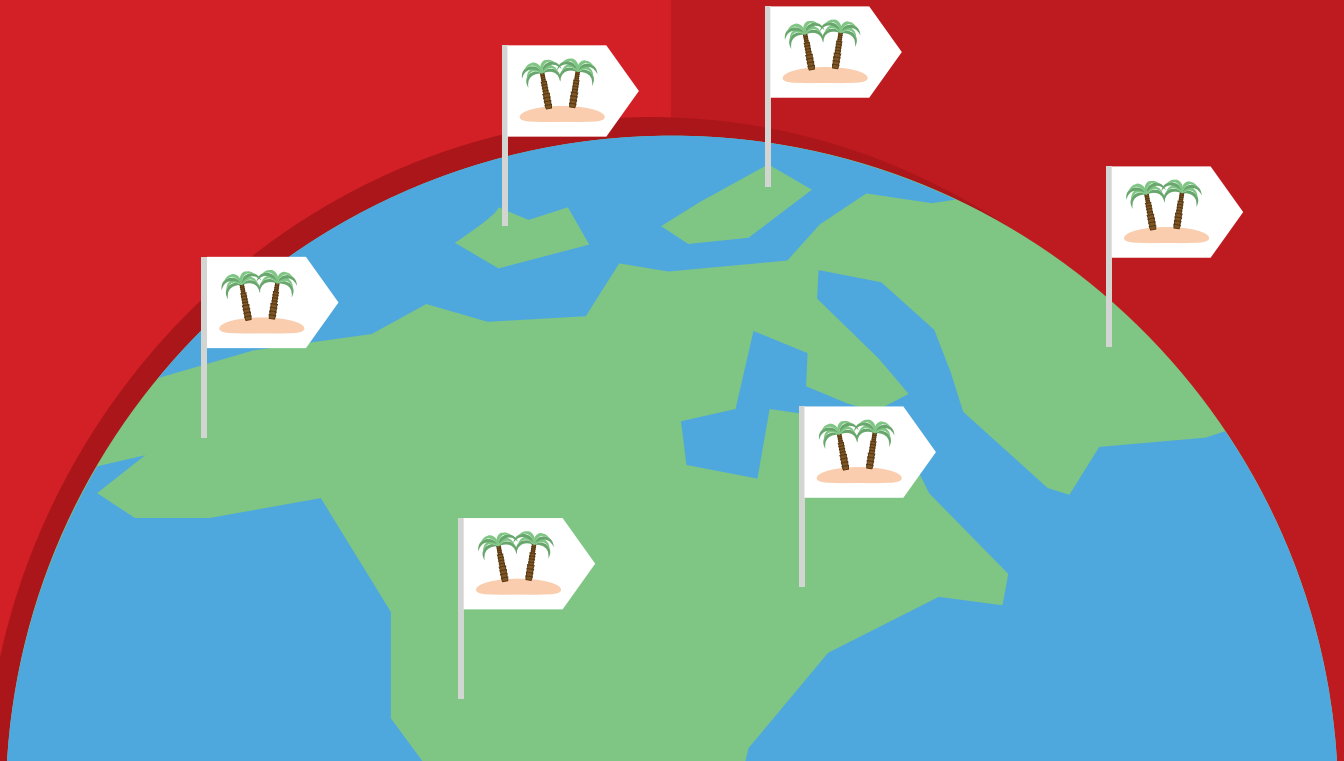


BETTINA

arbeitet bei einem oberösterreichischen Metallproduzenten und zahlt Lohnsteuer. Genauso wie Stefan und Nora profitiert sie vom österreichischen Sozialsystem. Das ist insbesondere für Bettina wichtig, weil das Leben in Linz immer teurer wird, ihr Lohn aber kaum steigt.

DIE WELT MIT STEUERSÜMPFE

Steuersümpfe sind Gebiete, in denen keine oder nur sehr niedrige Steuersätze gelten und kaum Steuern verlangt werden. Um ausländische Unternehmen anzulocken, bieten sie ihren KundInnen absolute Geheimhaltung an. Steuersümpfe befinden sich nicht nur auf karibischen Inseln, sondern auch in den USA und mitten in Europa.





STEFAN

verschiebt beinahe alle in Österreich erwirtschafteten Gewinne an eine Tochterfirma in Irland. Von dort aus wird der Großteil weiter nach Panama verlagert. In seiner irischen Firma hat er keine Beschäftigte. Für die noch in Irland verbleibenden Gewinne zahlt er nur 0,005% Steuern.

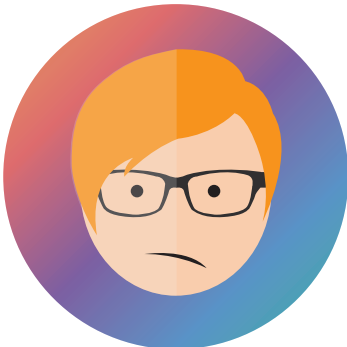
NORA

hat weder die (finanziellen) Möglichkeiten auf den Beraterstab von Stefan zurückgreifen, noch kann sie mehrere Tochterunternehmen für ihr Kaffeehaus gründen. Ihre größte Konkurrentin, die internationale Kaffeehauskette, verlagert ihre Gewinne hingegen in die Niederlande und von dort aus weiter „offshore“.



BETTINA

fühlt sich ungerecht behandelt. Ihr Hausbesitzer Heinz hat von seinen Eltern viel Vermögen geerbt. Da er aber keine Lust darauf hat, Steuern in Österreich zu zahlen, verschiebt er sein Vermögen in die Bahamas. Bettina findet es nicht fair, dass sich Reiche aussuchen können ob und wo sie Steuern zahlen, während sie selbst jedes Monat 35% Steuern von ihrem Einkommen an den Staat bezahlt.



DIE WELT OHNE STEUERSÜMPFE

Mit Transparenz und Sanktionen können Steuersümpfe bekämpft werden. Deshalb muss die Schwarze Liste von Gebieten, die sich nicht an die internationalen Spielregeln halten, effektiver werden. In weiterer Folge muss die Verlagerung von Geschäften zum Zweck der Steuerumgehung in Länder auf der schwarzen Liste verboten werden.





STEFAN

darf seine Gewinne nicht mehr einfach nach Panama verschieben. Mit seiner Anwaltskanzlei in Panama muss er die Geschäftsbeziehung einstellen. Auch Irland muss sich als EU-Mitgliedsland an die Spielregeln halten.

NORA

freut sich, dass die Kaffeehauskette von nebenan endlich auch den gerechten Anteil in das Steuersystem einzahlen muss. Damit ist ein großer Wettbewerbsnachteil behoben.



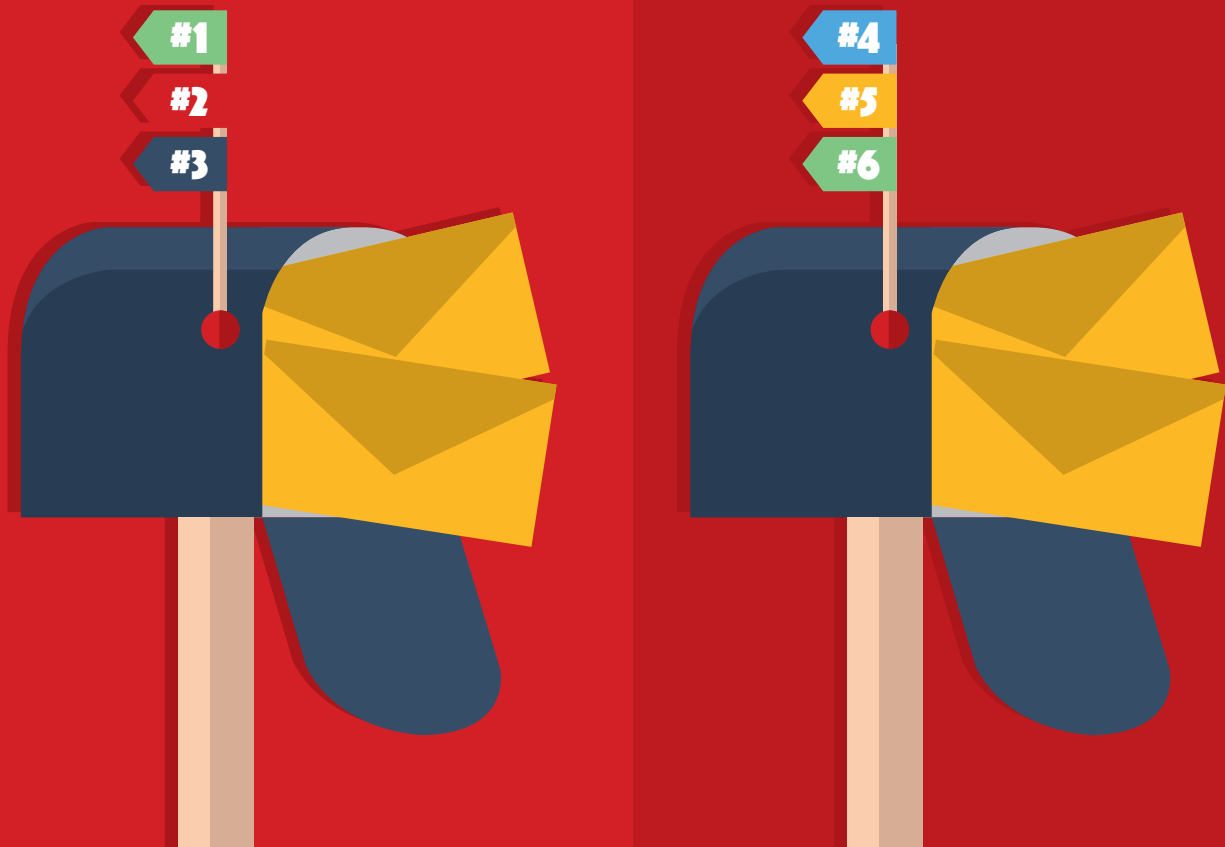
BETTINA

fühlt sich gerechter behandelt. Ihr Hausbesitzer Heinz darf keine Geschäfte mehr in den Bahamas machen. Endlich muss er auch Steuern in Österreich zahlen.



DIE WELT MIT BRIEFKASTENFIRMEN

Briefkastenfirmen sind keine wirklichen Unternehmen, sondern leere Hüllen ohne echte Geschäftstätigkeit mit einem Firmennamen. Ihr einziger Zweck ist es, Vermögen zu verschieben oder zu verstecken.



STEFAN



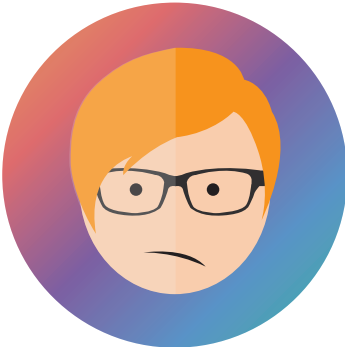
ist zufrieden. Seine Geschäfte laufen gut und sein privates Vermögen wird immer größer. Nachdem er es schon bei seiner Computerherstellerfirma schaffte mit Hilfe von einem komplizierten Geflecht von Briefkastenfirmen die nationalen Steuerbehörden auszutricksen, möchte er das auch mit seinem Privatvermögen machen. Für 1.000 US Dollar und mit Hilfe seiner Anwaltskanzlei gründet er eine Briefkastenfirma in Delaware. Über TreuhänderInnen und Stiftungen verschleiert er, dass das Geld ihm gehört. Seine Frau Susanne kann jedoch jederzeit auf das gemeinsame Vermögen zugreifen.

NORA

wird die Steuertrickserei ihrer Konkurrenz langsam zu bunt. Sie möchte auch versuchen ihr Geld zu verstecken und sucht Rat bei einer Wirtschaftsprüfungskanzlei, die sich auf „Steuerminimierung“ spezialisiert hat. Schnell merkt Nora aber, dass sie einfach zu wenig Gewinn macht, damit sich das Verstecken überhaupt auszahlt. Sie zahlt also weiterhin brav ihre Steuern in Österreich.



BETTINA



ist besorgt. In der Betriebsversammlung wurde besprochen, dass ihre Arbeitgeberin den Sitz in die Niederlande verlagern möchte. Der Betrieb wäre weiterhin in Oberösterreich, der offizielle Sitz aber in den Niederlanden. Die Gewerkschaft befürchtet, dass somit die viel besseren österreichischen Arbeitsrechte nicht mehr angewendet werden.

DIE WELT OHNE BRIEFKASTENFIRMEN

Mit einem neuen EU-Unternehmensrecht können wir Briefkastenfirmen verbieten. Mit gemeinsamen Regeln kann das einhaltslose Konstruieren eines Geflechtes von Tochterunternehmen und Briefkastenfirmen zum Zweck der Umgehung von Steuern, Sozialabgaben, Arbeitsrechten und Mitbestimmungsrechten verboten werden. Unternehmen sollen nur mehr dann ihren Sitz verlagern dürfen, wenn auch tatsächlich wirtschaftliche Tätigkeit stattfindet.





STEFAN

ist zerknirscht. Sein Steuerumgehungsmodell mit Hilfe der Briefkastenfirma in Panama funktioniert nicht mehr. Auch seine ArbeitnehmerInnen muss er in Österreich anmelden. Sie haben inzwischen einen starken Betriebsrat. Und sein privates Vermögen kann er nicht mehr in Delaware verstecken.

NORA

freut sich, dass endlich mehr Gerechtigkeit herrscht. Die eigentlichen Eigentümer hinter Firmen können nicht mehr versteckt werden. Sie hat in der Zeitung gelesen, dass die Kaffeehauskette Milliarden an Steuern nachgezahlt hat.



BETTINA

ist beruhigt. Ihre Arbeitgeberin kann den Firmensitz nicht einfach in die Niederlande verlegen, solange der eigentliche Betrieb in Österreich stattfindet. Für sie gelten weiterhin österreichische Arbeitsrechte und sie kann bei Problemen zu ihrem Betriebsrat gehen.



DIE WELT MIT STEUERDUMPING

Multinationale Konzerne versuchen ihre Gewinne dorthin zu verschieben, wo die Steuern am niedrigsten sind. Einzelne EU-Staaten locken diese Unternehmen mit Steuererleichterungen und niedrigen Steuersätzen an. Durch diesen Wettbewerb sinkt die Körperschaftssteuer überall kontinuierlich.

19%
Slowenien



10%
Bulgarien



12,5%
Irland



12,5%
Zypern



*Höchstkörperschaftssteuersätze



STEFAN

ist beruhigt. Auch innerhalb Europas kann er Gewinne in Tochterunternehmen verschieben, um so wenig wie möglich Steuern zu zahlen. Er beschließt seine Gewinne in Bulgarien zu besteuern. Dort beträgt die Körperschaftssteuer nur 10 Prozent.

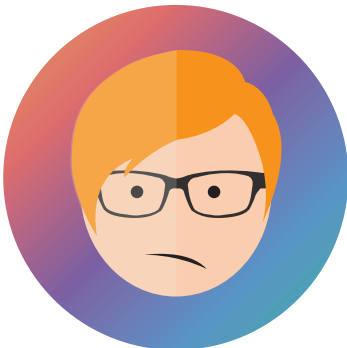
NORA

ist wütend. Ihre Freundin Johanna betreibt ein Modegeschäft in Zypern. Im Gegensatz zu ihr muss Johanna auf ihren Gewinn nur die Hälfte an Steuern zahlen.



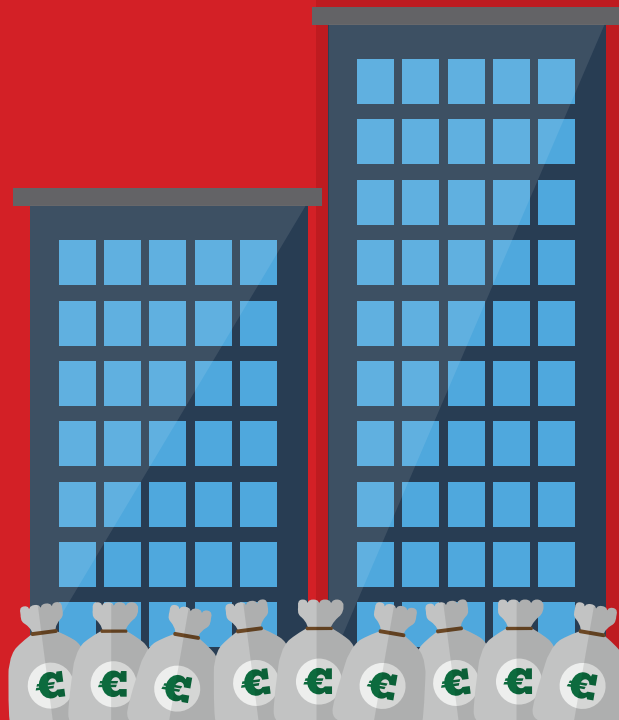
BETTINA

schaut frustriert auf ihren Lohnzettel. Sie sieht ein, dass sie mit den Steuern die sie zahlt den Sozialstaat, von dem sie profitiert, auch mitfinanziert. Aber wieso muss sie fast die Hälfte ihres Lohnes Steuern bezahlen, während die Unternehmen einfach ihre Gewinne verlagern und somit nicht in den öffentlichen Haushalt einzahlen?



DIE WELT OHNE STEUERDUMPING

Mit der Einführung EU-weiter Mindeststeuersätze kann Steuerdumping in Europa verhindert werden.





STEFAN

ist verärgert. Jetzt wo sich die EU-Staaten auf Mindeststeuersätze geeinigt haben, ist sein Schein-Tochterunternehmen in Bulgarien nutzlos.

NORA

ist zufrieden. Ihre Konkurrentin hat es immer schwerer, sich vor dem Steuerzahlen zu drücken. Dank des EU-Wettbewerbsrechts und der Verfahren der EU-Kommission wurde bereits viel entgangenes Geld den öffentlichen Haushalten zurückgezahlt. Auch ihre Freundin Johanna muss ähnlich hohe Steuern auf ihre Gewinne wie sie selbst zahlen.



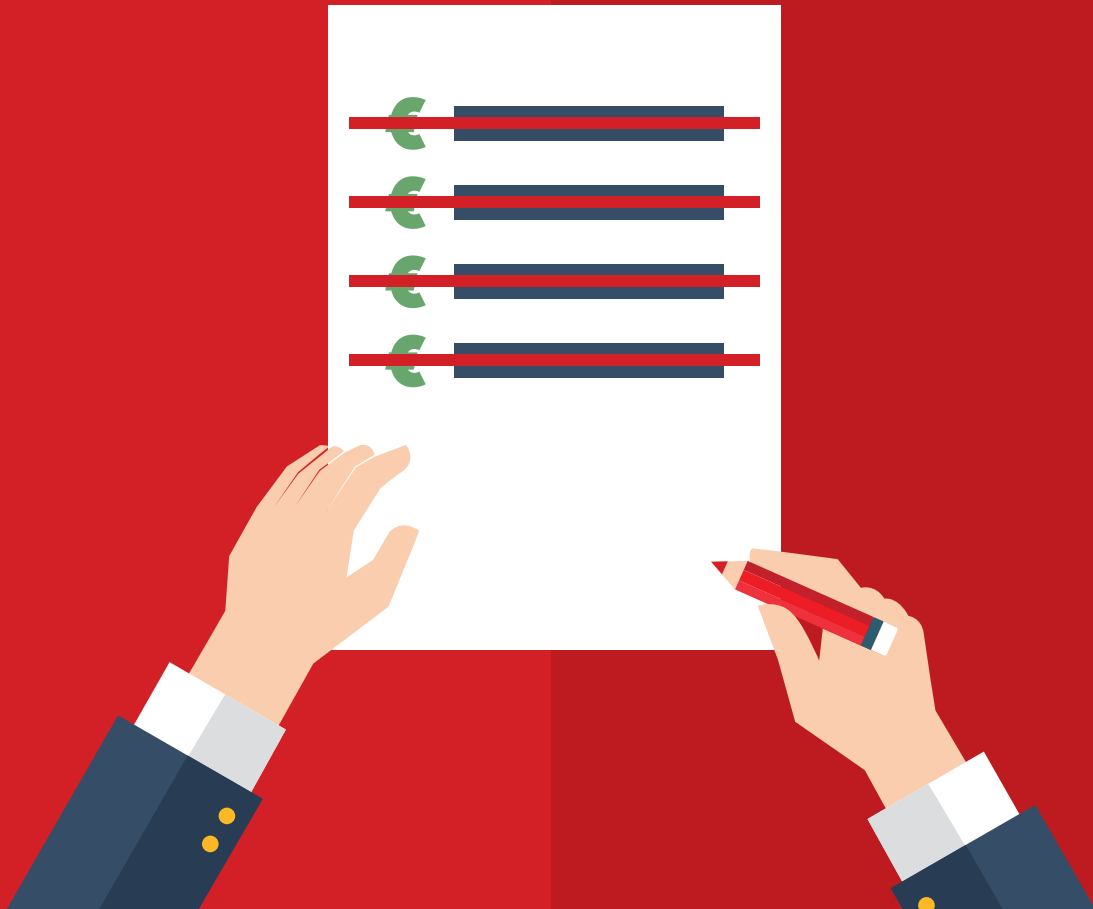
BETTINA

fühlt sich gerechter behandelt. Sie hat das Gefühl, dass es nicht mehr nur an den ArbeitnehmerInnen liegt, das Sozialsystem zu finanzieren. Sie hofft, dass somit auch mehr Geld in die Staatskassen fließt und damit die öffentliche Kinderbetreuung ausgebaut wird.



DIE WELT MIT GEWINNVERMEIDUNG

Stehen am Papier weniger Gewinne, dann müssen auch weniger Steuern gezahlt werden. Multinationale Konzerne gründen deswegen verschiedene Tochterunternehmen. Dort wo die Steuern am niedrigsten sind, werden verschiedene Leistungen vom Mutterunternehmen verrechnet.



STEFAN



ist begeistert. Sein Cousin Hans, der ein Möbelhaus besitzt, hat ihm von seinem neuen Steuermodell erzählt. Hans gründete eine Tochtergesellschaft in Malta. Dieser Tochtergesellschaft übertrug er alle Rechte für die österreichische Marke. Dafür musste die österreichische Mutterfirma hohe Lizenzgebühren nach Malta zahlen. Somit konnte er den Gewinn in Österreich massiv schmälern. Stefan ist beeindruckt, wie einfach das geht. Das funktioniert bei seiner Computerherstellerfirma sicher auch.

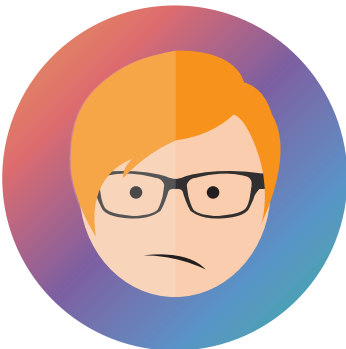
NORA

platzt langsam der Kragen. Durch Steuerumgehung und -vermeidung zahlen Klein- und Mittelunternehmen, wie sie, um 30 Prozent mehr Steuern als multinationale Konzerne.



BETTINA

ist empört. Sie hat gelesen, dass den Steuerbehörden pro EU-BürgerIn 2.000 Euro pro Jahr durch Steuerbetrug verloren gehen. Auf der anderen Seite muss sie gerade darum bangen, dass die Mindestsicherung, von der ihre Mutter lebt, weiter gekürzt wird.



DIE WELT OHNE GEWINNVERMEIDUNG

Das Prinzip der Steuergerechtigkeit wäre einfach: Steuern müssen dort bezahlt werden, wo die Gewinne erwirtschaftet werden. Gewinne sollten daher anhand der tatsächlichen Beschäftigten, Produktionsstätte und Umsätze an die jeweiligen Länder verteilt und besteuert werden. Außerdem sollten Unternehmen veröffentlichen müssen, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften und wo sie ihre Steuern zahlen.





STEFAN

ärger sich. Jetzt wo Steuern dort bezahlt werden müssen, wo die Gewinne tatsächlich entstehen, können ihm auch seine BeraterInnen nicht mehr helfen. Nachdem 90% seiner Beschäftigten in Österreich arbeiten und die Betriebe hier sind, muss er auch 90% seiner Steuern in Österreich zahlen.

NORA

lächelt. Den multinationalen Konzernen wurde das Handwerk gelegt. Außerdem musste ihre größte Konkurrentin, die internationale Kaffeehauskette, jetzt offenlegen wo und wie wenig Steuern sie zahlt. Auch dadurch kommen wieder mehr KundInnen zu Nora.



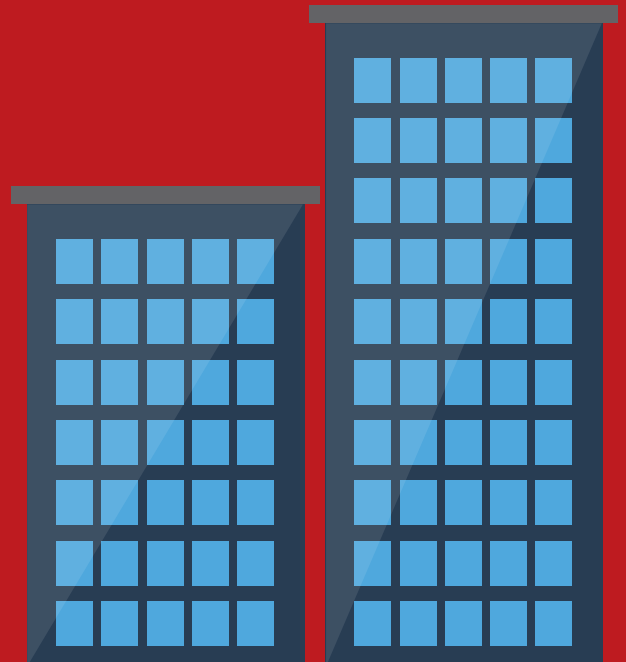
BETTINA

ist beruhigt. Mit den Mehreinnahmen im Staatshaushalt gibt es mehr Geld für öffentliche Bildung, Arbeitsplätze und das Sozialsystem. Sie hofft auch, dass damit eine Kürzung der Mindestsicherung nicht mehr zur Debatte steht.



DIE WELT OHNE SCHUTZ VON WHISTLEBLOWERINNEN

Die Enthüllungen von Luxleaks, den Panama Papers und den Bahamas Leaks haben uns vor Augen geführt, in welchem Ausmaß sich Multikonzerne davor drücken, Steuern zu zahlen. Dennoch werden die mutigen AufdeckerInnen verfolgt und verurteilt. Es handelt sich meist um normale ArbeitnehmerInnen, denen das Treiben ihres Konzerns zu bunt wird. Sie können von den unrechten Zuständen nicht länger wegschauen. Oft ist ihnen nicht bewusst, wie sehr ihre Existenz bedroht ist.





STEFAN

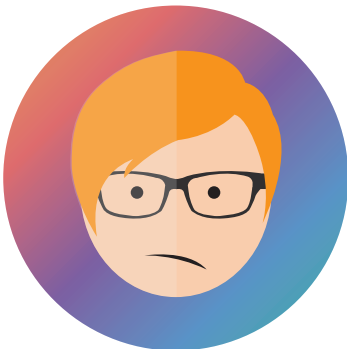
war alles andere als glücklich, als durch die Leaks die Steuertricks seiner KollegInnen aufgedeckt wurden. Durch die hohen Strafen, die WhistleblowerInnen jedoch auferlegt werden, ist er sich sicher, dass der Großteil seiner Tricks im Verborgenen bleiben wird.

NORA

hatte das Gefühl, dass durch die Panama Papers, Luxleaks und jetzt auch Bahamas Papers der öffentliche Druck im Kampf für Steuergerechtigkeit gestiegen ist. Dennoch ist sie sicher, dass noch viel mehr aufgedeckt werden müsste, damit dem endlich Taten folgen.



BETTINA



ist entsetzt. Ihr Freund Klaus veröffentlichte geheime Steuerabmachungen einer Wirtschaftsberatungskanzlei, in der er arbeitete. Die Veröffentlichungen brachten viel Aufmerksamkeit und auch erste politische Erfolge im Kampf gegen Steuerbetrug. Dennoch wurde Klaus zu einer Bewährungsstrafe und hohen Strafzahlungen verurteilt. Bettina versteht einfach nicht, wieso Klaus dafür bestraft wird, dass er Ungereimtheiten aufdeckt, während jene, die eigentlich den Schaden für die Gesellschaft anrichten, in Ruhe weitermachen können.

DIE WELT MIT SCHUTZ VON WHISTLEBLOWERINNEN

Mit einer EU-weiten gesetzlichen Regelung können WhistleblowerInnen rechtlich geschützt werden. Dadurch wird den mutigen ArbeitnehmerInnen Schutz und Unterstützung gewährt. WhistleblowerInnen müssen sich sicher fühlen, dürfen nicht verfolgt werden und müssen ganz klar darüber informiert werden, was sie tun dürfen und was nicht. Auch der Schutz des Arbeitsplatzes und eine Entschädigung der anfallenden Kosten sollten vorgesehen sein.





STEFAN

ist gestresst. Immer mehr Leaks über die Steuertricks geraten an die Öffentlichkeit. Gestern wurde das Steuerumgehungsmodell des Möbelhauses seines Cousins Hans veröffentlicht. Er hat nun Angst seine KundInnen zu vergraulen, wenn auch sein Name im nächsten Skandal genannt wird.

NORA

ist sehr zufrieden. Durch die Leaks kämpfen immer mehr Menschen mit ihr gemeinsam für Steuergerechtigkeit. Der politische Druck steigt. Und ihre Umsätze auch. Denn der Kaffee ihrer größten Konkurrentin wird von immer mehr Menschen boykottiert, solange nicht ordentlich Steuern gezahlt werden.



BETTINA

ist ermutigt. Wenn Ungerechtigkeiten und Gesetzesbrüche in ihrer Firma auftauchen werden, wird sie selbst zur Whistleblowerin werden. Jetzt muss sie keine Angst mehr vor den Konsequenzen haben.



BISHERIGE ERFOLGE IM KAMPF FÜR STEUERGERECHTIGKEIT

- ✓ Mit der Schwarzen Liste von Gebieten, die sich nicht an die Steuerregeln halten, sollen Steuersümpfe bekämpft werden.
- ✓ Im Sommer 2016 wurde das Steuerumgehungsmodell von **Apple** von der Kommission als unzulässig qualifiziert. Irland muss daher bis zu 13 Mrd. Euro von Apple zurückfordern.
- ✓ Im Jahr 2015 setzte die Kommission dem Steuermodell von **Starbucks** ein Ende. Das Unternehmen muss bis zu 30 Mio. Euro an die Steuerbehörden zurückzahlen.
- ✓ In Richtung **Transparenz** konnten wir erste Erfolge verzeichnen. Der Zugang zu Informationen über die wirtschaftlichen EigentümerInnen von Unternehmen soll ermöglicht werden.
- ✓ Im Jahr 2017 startet der **automatische Informationsaustausch** zwischen Steuerbehörden, an dem sich 100 Länder beteiligen. Hat z.B. eine Österreicherin ein Konto in Irland, dann muss die irländische Bank den Namen der Person, die Kontonummer und den Kontostand melden. Das österreichische Finanzamt bekommt die Informationen und kann prüfen, ob Steuern rechtmäßig bezahlt wurden.
- ✓ Ende 2021 wird die Steuerumgehung mit Hilfe sogenannter **Patentboxen** verboten. Das heißt Multikonzerne können nicht mehr ohne weiteres Lizenzgebühren zwischen Mutter- und Tochterunternehmen verrechnen.
- ✓ Auch **Steuervorbescheide** und **eine länderspezifische Berichterstattung** sind vom Informationsaustausch erfasst. Ab 2017 müssen die größten multinationalen Konzerne in der EU an die Mitgliedsstaaten in denen sie Tochterunternehmen haben Informationen über Umsatz, Gewinn, Steuern, Beschäftigte und Kapital übermitteln. Diese Informationen sind aber leider nicht öffentlich.
- ✓ Mutige Hinweisgeber werden in Zukunft EU-weit geschützt.

DAFÜR MACHE ICH MICH IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT STARK



Steuern müssen dort bezahlt werden, wo Gewinne erwirtschaftet werden.

Konzerngewinne sollen anhand der Beschäftigten, Produktionsleistung und Umsätze an die jeweiligen Länder verteilt und besteuert werden. So kann Steuertrickserei ein Riegel vorgeschoben werden. Denn Beschäftigte oder Umsätze lassen sich nicht einfach auf eine Insel verschieben.



Transparenz ist der Schlüssel im Kampf für Steuergerechtigkeit. Unternehmen sollen der Öffentlichkeit berichten, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften und wo sie ihre Steuern zahlen (oder nicht).



Länder auf der schwarze Liste von Steuersümpfen müssen sanktioniert werden! Auch EU-Staaten, die sich nicht an die Regeln halten, sollen auf die Liste..



Briefkastenfirmen, deren Zweck Steuertrickserei und Umgehung von anderen Regeln ist, müssen verboten werden. Mit einem neuen EU-Unternehmensrecht soll festgelegt werden, dass Konzerne nur dann ihren Sitz verlegen dürfen, wenn dort auch wirtschaftliche Aktivität erfolgt.



Um Steuerdumping entgegen zu treten, braucht es EU-weite **Mindeststeuersätze**.



Finanzinstitute, die als Handlanger multinationaler Konzerne mit Steuertrickserei Geschäfte machen, müssen strenger kontrolliert und saktioniert werden.



www.evelyn-regner.at
evelyn.regner@europarl.europa.eu

 [/evelyn.regner](https://www.facebook.com/evelyn.regner)

 [/evelyn_regner](https://twitter.com/evelyn_regner)